



Geschäftsführung Ausschuss Schule und Weiterbildung

Herr Bernecker

Telefon: (0221) 221-29251

Fax: (0221) 221-29241

E-Mail: hans-michael.bernecker@stadt-koeln.de

Datum: 16.03.2015

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 09.03.2015, 16:00 Uhr bis 18:40 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Nils Helge Schlieben	CDU
Herr Franz Philippi	SPD
Frau Birgitta Nessler-Komp	CDU
Frau Inge Halberstadt-Kausch	SPD
Herr Bürgermeister Dr. Ralf Heinen	SPD
Frau Anne Hauser	CDU
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE
Herr Horst Thelen	GRÜNE
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Frau Svenja Rabenstein	GRÜNE
Frau Stefanie Ruffen	FDP

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Frau Anna-Maria Henk-Hollstein	CDU-Fraktion
Frau Erika Oedingen	SPD-Fraktion
Herr Stephan Pohl	CDU-Fraktion

Beratende Mitglieder

Herr Wolfram Baentsch	Alternative für Deutschland
Frau Lisa Hanna Gerlach	auf Vorschlag der PIRATEN
Herr Gregor Berghausen	auf Vorschlag der SPD
Frau Hildegard Fuhrmann	auf Vorschlag der SPD
Frau Dagmar Naegele	auf Vorschlag der SPD
Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut	auf Vorschlag der CDU
Frau Angelika Riedel	auf Vorschlag der CDU

Herr Dr. Klaus Zimmermann	auf Vorschlag der CDU
Frau Bärbel Hölzing	auf Vorschlag der Grünen
Herr Oswald Pannes	auf Vorschlag der Linken
Frau Maria Artmann	auf Vorschlag der FDP
Frau Dirim Su Derventli	BezirksSchüler/innenvertretung
Frau Beate Habets	Evangelische Kirche
Herr Reinhold Goss	Stadtschulpflegschaft
Frau Manuela Laukat	Stadtschulpflegschaft
Frau Stephanie Stangier	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Verwaltung

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Gonca Mucuk	SPD
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU

Beratende Mitglieder

Herr Bodo Busch	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
Frau Annette Kellinghaus-Klingberg	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Martin Roth	auf Vorschlag der SPD
Herr Gerson Wirth	auf Vorschlag der Grünen
Herr Michael Bold	Katholische Kirche
Frau Utta Brauweiler-Fuhr	Katholische kirche
Frau Lena Göwecke	Stadtschulpflegschaft
Frau Bettina Levy	Synagogengemeinde Köln
Herr Dr. Felix Schotland	Synagogengemeinde Köln

Da sich Herr Dr. Schlieben verspätet, wird die Sitzung bis einschließlich TOP 4.4 von Herrn Philippi geleitet.

Er räumt vor Eintritt in die Tagesordnung 2 Vertretern einer Demonstration für die Offene Ganztagschule in Köln-Widdersdorf das Rederecht ein, um ihre Ziele kurz darzulegen.

Der Sprecher der Eltern überreicht eine Wunschliste, die Unterschriften und eine Online-Petition und bedankt sich für die Gespräche mit Vertretern und Vertreterinnen der Politik und der Verwaltung und die dabei von allen zum Ausdruck gebrachte Hoff-

nung, ein bedarfsgerechtes Platzangebot schaffen zu können. Er bezieht sich auf die Presseerklärung der Landeshauptstadt Düsseldorf, dass alle Eltern dort zeitgleich mit der Zusage eines Schulplatzes auch eine Zusage für einen OGS-Platz bekämen. Die Eltern aus Widdersdorf wünschen sich eine entsprechende Verfahrensweise auch für Köln, um so früh wie möglich Planungssicherheit zu haben.

Frau Dr. Klein erwidert, dass der benötigte Mehrbedarf für zusätzliche Plätze ohne Ratsbeschluss nicht zur Verfügung steht. Der Rat wird dazu in seiner Sitzung am 12.05.2015 eine entsprechende Beschlussvorlage der Verwaltung erhalten. Man wird sich bemühen, die Eltern möglichst frühzeitig zu unterrichten.

Die Verwaltung teilt mit, dass die aktuelle Ausgabe der Schulpost sowie Prospekte zur Mitteilung unter TOP 5.6 ausgelegt wurden.

Die Tagesordnung wurde wie folgt ergänzt:

Es liegt als Tischvorlage ein gemeinsamer Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der FDP-Fraktion, und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu TOP 4.1 der Tagesordnung vor.

Neu sind die Beantwortungen von Anfragen unter TOP 2.1.6 bis 2.1.8, zu TOP 2.2.4 und die neuen Anfragen unter TOP 2.2.2 bis 2.2.7,

die Vorlagen unter TOP 4.5 bis TOP 4.8,

die Mitteilungen unter TOP 5.12 bis TOP 5.15

sowie die Vorstellung einer Bewerberin um eine Schulleitungsstelle unter TOP 10.1.

Die entsprechend geänderte Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

0.1 Verpflichtung sachkundiger Einwohner/innen

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1 Frühere Anfragen

2.1.1 PCB-Belastung in Kölner Schulen, Kindergärten und Sporthallen
0137/2015

2.1.2 Beantwortung der Anfrage AN/0059/2015 der Piratengruppe
0118/2015

2.1.3 Inklusionsmonitoring: Ursachen für höheren Förderbedarf bei
Jungen / Ursachen für männliches Schulversagen
0483/2015

- 2.1.4 Stellungnahme der Verwaltung zu Fragen und Hinweisen zur Schulentwicklungsplanung für die städtischen Berufskollegs und die Weiterbildungskollegs in Köln 2015 in der Sitzung des ASW vom 19.01.2015 (Top 0.3, Top 5.7)
0540/2015
- 2.1.5 Neubau der Grundschule Volkhoven/ Weiler, Fühlinger Weg 7
0314/2015
- 2.1.6 unzumutbare Zustände in den sanitären Anlagen der Sporthalle des Humboldtgyrnasiums
Beantwortung einer mündlichen Anfrage von Herrn Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 15.12.2014
0252/2015
- 2.1.7 Schriftliche Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Anfrage Nr. AN/0110/2015
Situation der Flüchtlingskinder an der Johann-Bendel-Realschule
0233/2015
- 2.1.8 Zukünftige Schulstandorte im Stadtbezirk Lindenthal
0508/2015
- 2.2 Neue Anfragen
 - 2.2.1 Schulleiter-Mangel an Grundschulen
AN/0177/2015
 - 2.2.2 Sind Handyverbote an Kölner Schulen zeitgemäß?
AN/0376/2015
 - 2.2.3 Geschützte dienstliche E-Mail-Adressen für Lehrerinnen und Lehrer in Köln
AN/0377/2015
 - 2.2.4 Auf der Grundlage des Gesetzes zur Förderung kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion zugewiesene Landesmittel
AN/0403/2015

Auf der Grundlage des Gesetzes zur Förderung kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion zugewiesene Landesmittel
0747/2015
 - 2.2.5 Kita- und Schulplätze für Flüchtlinge
AN/0404/2015
 - 2.2.6 Baulicher Zustand der Gemeinschaftsgrundschule Porz-Mitte
AN/0407/2015

2.2.7 INKLUSION AN KÖLNER SCHULEN
AN/0427/2015

3 Anträge gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4 Vorlagen der Verwaltung

4.1 Grundsatz-/Planungsbeschluss zur Errichtung eines Schulgebäudes mit 3-fach Sporthalle für eine Gesamtschule mit je 4 Zügen Sekundarstufe I und II auf dem Grundstück Aachener Straße/Herbesthaler Straße in 50933 Köln-Müngersdorf
3960/2014

TOP 4.1: Grundsatz-/Planungsbeschluss zur Errichtung eines Schulgebäudes mit 3-fach Sporthalle für eine Gesamtschule mit je 4 Zügen Sekundarstufe I und II auf dem Grundstück Aachener Straße/Herbesthaler Straße in 50933 Köln-Müngersdorf
AN/0434/2015

4.2 Planungsaufnahme zur Errichtung eines 3-zügigen Grundschulgebäudes mit 1-fach Turnhalle, Grundstück Gaedestraße in 50968 Köln-Marienburg
3453/2014

4.3 Verleihung eines Eigennamens an die Förderschule Lernen Hachenburger Str. 11, 51105 Köln, Teilstandort Martin-Köllen-Str. 1, 51103 Köln
0477/2015

4.4 Bedarfsprüfung: Einleitung eines Vergabeverfahrens zur Durchführung von Potenzialanalysen für Schülerinnen und Schüler in 8.Klassen an Kölner allgemeinbildenden Schulen im Rahmen der Landesinitiative "Kein Abschluss ohne Anschluss - Übergang Schule - Beruf NRW" im Schuljahr 2015 /2016
0444/2015

4.5 Bildungslandschaft Altstadt Nord, Baubeschluss Baufeld A (Hansa Gymnasium)
3978/2015

4.6 Auslaufende Schließung der Kolkrabenschule, Förderschule Lernen Kolkrabenweg ab dem Schuljahr 2015/16
0142/2015

4.7 Erweiterung der Förderschule Lernen Soldiner Straße im Stadtbezirk Chorweiler um den Förderschwerpunkt Emotionale und soziale Entwicklung zum Schuljahr 2015/16
0230/2015

- 4.8 Grundsatz-/Planungsbeschluss zur Errichtung eines 2-zügigen Grundschulgebäudes mit 1-fach Sporthalle auf dem Grundstück , Statthalterhofallee in Köln-Junkersdorf
0223/2015

5 Mitteilungen

- 5.1 Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2015"
0009/2015
- 5.2 Jahresbericht Abteilung Kinderinteressen und Jugendförderung
0082/2015
- 5.3 Schulentwicklungsplanung für die städtischen Berufskollegs und die Weiterbildungskollegs in Köln 2015
3921/2014
- 5.4 Förderung von außerunterrichtlichen Projekten der kulturellen Bildung im Offenen Ganztag
0365/2015
- 5.5 Erfahrungsbericht über die Kooperation zwischen der LVR-Anna-Freud-Schule und der städtischen Ernst-Simons-Realschule in Köln
0394/2015
- 5.6 Internetportal für die kulturelle Bildung
0402/2015
- 5.7 Sanierung Grundschule Am Feldrain - Fertigstellungstermin
0430/2015
- 5.8 Offener Brief der Schulpflegschaft des Albertus-Magnus-Gymnasiums an die Politik und die Verwaltung der Stadt Köln
0519/2015
- 5.9 Stellungnahme der Schulleiterinnen des Berufskollegs Südstadt (BK 4), des Barbara-von-Sell-Berufskollegs (BK 5) und des Berufskollegs Humboldtstraße (BK 14) zur Schulentwicklungsplanung für die städtischen Berufskollegs und der Weiterbildungskollegs in Köln 2015 (Session 3921/2014)
0525/2015
- 5.10 JeKits
0563/2015
- 5.11 Jahresbericht über die Beschlüsse des Ausschusses Schule und Weiterbildung im Jahr 2014
0559/2015

- 5.12 Stellenverlagerungen kommunale Schulsozialarbeit
0301/2015
- 5.13 Anmeldeverfahren für die Gymnasien in Trägerschaft der Stadt Köln zum
Schuljahr 2015-16
0643/2015
- 5.14 Zentrum für Mehrsprachigkeit und Integration Köln (ZMI): Veröffentlichung des
ZMI Magazins 2014 und Sprachfest 2015
0646/2015
- 5.15 Verzögerung bei der Realisierung des Erweiterungsbaus für den Ganzttag an
der Eichendorff-Realschule Dechenstraße (Neuehrenfeld)
0655/2015

6 Anfragen

7 Verschiedenes

II. Nichtöffentlicher Teil

8 Gleichstellungsrelevante Themen

9 Mitteilungen

10 Personalien

- 10.1 Besetzung der Stelle Schulleiter/in an der KGS Langemaß in Köln-Mülheim
0657/2015

11 Vorlagen

12 Anfragen

13 Verschiedenes

I. Öffentlicher Teil

0.1 Verpflichtung sachkundiger Einwohner/innen

Verpflichtet werden Herr Reinhold Groß als sachkundiger Einwohner für die Stadtschulpflegschaft und nicht stimmberechtigtes Mitglied des Ausschusses für Schule und Weiterbildung gem. § 58 Abs. 3 Satz 1 der Gemeindeordnung und Frau Manuela Laukat als stellvertretende sachkundige Einwohnerin für die Stadtschulpflegschaft und nicht stimmberechtigtes Mitglied des Ausschusses für Schule und Weiterbildung gem. § 58 Abs. 3 Satz 1 der Gemeindeordnung mit den Worten:

„Ich verpflichte Sie, Ihre Aufgabe als Mitglied des Ausschusses für Schule und Weiterbildung der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.“

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1 Frühere Anfragen

2.1.1 PCB-Belastung in Kölner Schulen, Kindergärten und Sporthallen 0137/2015

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

2.1.2 Beantwortung der Anfrage AN/0059/2015 der Piratengruppe 0118/2015

Frau Gerlach, sachkundige Einwohnerin (Die Piraten), bittet die Verwaltung, dass diese dem Ausschuss mitteilt, wenn die Inventarisierung abgeschlossen ist.

Frau Dr. Klein sagt dies zu, weist aber darauf hin, dass es sich dabei um einen längeren Prozess handelt.

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

2.1.3 Inklusionsmonitoring: Ursachen für höheren Förderbedarf bei Jungen / Ursachen für männliches Schulversagen 0483/2015

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

**2.1.4 Stellungnahme der Verwaltung zu Fragen und Hinweisen zur Schulentwicklungsplanung für die städtischen Berufskollegs und die Weiterbildungskollegs in Köln 2015 in der Sitzung des ASW vom 19.01.2015 (Top 0.3, Top 5.7)
0540/2015**

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

**2.1.5 Neubau der Grundschule Volkhoven/ Weiler, Fühlinger Weg 7
0314/2015**

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

**2.1.6 unzumutbare Zustände in den sanitären Anlagen der Sporthalle des Humboldtgymnasiums
Beantwortung einer mündlichen Anfrage von Herrn Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 15.12.2014
0252/2015**

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

**2.1.7 Schriftliche Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Anfrage Nr. AN/0110/2015
Situation der Flüchtlingskinder an der Johann-Bendel-Realschule
0233/2015**

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, behält sich vor, ggfs. in der nächsten Sitzung nochmals auf die Beantwortung Bezug zu nehmen.

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

**2.1.8 Zukünftige Schulstandorte im Stadtbezirk Lindenthal
0508/2015**

Die Antwort der Verwaltung wird zusammen mit der Vorlage unter TOP 4.1 behandelt und zur Kenntnis genommen.

2.2 Neue Anfragen

**2.2.1 Schulleiter-Mangel an Grundschulen
AN/0177/2015**

Frau Nesseler-Komp, CDU-Fraktion, ergänzt die Anfrage um die Bitte, dass man ergänzen möge, an welchen Schulen ein Schulleiter-Mangel herrsche.

Frau Dr. Klein weist darauf hin, dass die Schulverwaltung der Stadt Köln dafür nicht zuständig sei und man die Anfrage an die Bezirksregierung weiterleite.

**2.2.2 Sind Handyverbote an Kölner Schulen zeitgemäß?
AN/0376/2015**

Frau Derventli, Bezirksschüler/innenvertretung, ergänzt die Anfrage um die Zusatzfragen: Wie lange darf ein Handy beschlagnahmt werden? Bedeutet „einen Tag“ 24 Stunden oder nur einen Schultag?

Herr Philippi weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Ausschuss Schule und Weiterbildung der Stadt Köln nicht das richtige Gremium sei, um Anfragen zu stellen, für welche die Bezirksregierung oder das Land NRW zuständig seien. Alle inneren Schulangelegenheiten und didaktischen Fragen müssten jedes Mal weitergeleitet werden. Er bittet darum, solche Fragen künftig direkt an die Schulaufsicht oder andere Gremien zu stellen.

Frau Hauser, sachkundige Bürgerin (CDU), weiß, dass die gängige Rechtsprechung entschieden hat, dass ein Handy am Ende des Schultages herauszugeben ist.

Frau Dr. Klein erklärt, dass die fertige Antwort der Verwaltung nicht mehr rechtzeitig zur Sitzung freigegeben wurde. Sie wird als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung gestellt.

**2.2.3 Geschützte dienstliche E-Mail-Adressen für Lehrerinnen und Lehrer in Köln
AN/0377/2015**

Herr Philippi bittet auch zu dieser Anfrage, sich künftig direkt an die Schulaufsicht zu wenden.

**2.2.4 Auf der Grundlage des Gesetzes zur Förderung kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion zugewiesene Landesmittel
AN/0403/2015**

**Auf der Grundlage des Gesetzes zur Förderung kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion zugewiesene Landesmittel
0747/2015**

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

**2.2.5 Kita- und Schulplätze für Flüchtlinge
AN/0404/2015**

**2.2.6 Baulicher Zustand der Gemeinschaftsgrundschule Porz-Mitte
AN/0407/2015**

Frau Oedingen, sachkundige Einwohnerin (SPD), erklärt, dass Herr Dr. Schlieben den Zustand an der Schule fotografiert habe. Er werde die Dokumentation an die Verwaltung weitergeben.

2.2.7 INKLUSION AN KÖLNER SCHULEN AN/0427/2015

3 Anträge gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4 Vorlagen der Verwaltung

4.1 Grundsatz-/Planungsbeschluss zur Errichtung eines Schulgebäudes mit 3-fach Sporthalle für eine Gesamtschule mit je 4 Zügen Sekundarstufe I und II auf dem Grundstück Aachener Straße/Herbesthaler Straße in 50933 Köln-Müngersdorf 3960/2014

TOP 4.1: Grundsatz-/Planungsbeschluss zur Errichtung eines Schulge- bäudes mit 3-fach Sporthalle für eine Gesamtschule mit je 4 Zügen Se- kundarstufe I und II auf dem Grundstück Aachener Straße/Herbesthaler Straße in 50933 Köln-Müngersdorf AN/0434/2015

Frau Dr. Klein legt mit Hilfe eines Stadtplanes dar, dass die Verwaltung auch nach nochmaliger Prüfung nach wie vor den Standort Aachener Str./Herbesthaler Straße für eine Gesamtschule bevorzugt. Dieses Grundstück eigne sich ideal als Schulstandort, weil es eine außerordentlich gute Verkehrsanbindung hat und zentral gelegen ist. In der Abwägung zwischen Landschaftsschutz und Schulbedarf wiege der Schulbedarf stärker.

Zwei weitere Standorte habe die Verwaltung in die engere Auswahl genommen: die Zusestraße in Lövenich, welche in einem Gewerbegebiet etwas außerhalb und in direkter Nachbarschaft zu einer Flüchtlingseinrichtung liegt. Die anliegenden Gewerbetreibenden haben ohne Erfolg gegen die Flüchtlingseinrichtung eine Klage geführt. Frau Dr. Klein hat mit diesen bereits über den Bau einer weiterführenden Schule gesprochen. Es stehen dort rund 17.000 m² zur Verfügung, die sich eher für ein Gymnasium eignen. Die Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr müsste an diesem Standort gegebenenfalls noch verbessert werden.

Schließlich habe die Bezirksvertretung Lindenthal den nicht in städtischem Eigentum stehenden Standort Girlitzweg mit 30.000 m² vorgeschlagen, der zwar streng genommen postalisch im benachbarten Bezirk Ehrenfeld liegt, aber reichlich Platz für den Bau einer Gesamtschule bietet. Der Eigentümer des Grundstückes ist bereit, dieses zu verkaufen. Das Grundstück ist für die Errichtung einer Gesamtschule geeignet. Auch hier müsste der öffentliche Personennahverkehr nachgebessert werden. Der Standort Parkplatz Salzburger Weg habe sich als nicht realisierbar erwiesen, weil der Parkplatz elementarer Bestandteil der Betriebsgenehmigung des Rheinenergie-Stadions ist. Es sei nicht die Aufgabe der Schulverwaltung, teure Parkpaletten als Ausgleichsfläche zu bauen.

Herr Philippi bedankt sich für die umfängliche Beantwortung der Anfrage aus dem letzten Ausschuss. Seine Fraktion ist froh, dass man mit dem Änderungsantrag einen von 4 Fraktionen getragenen guten Kompromiss gefunden habe. Dabei sei unerheblich, dass der Standort Girlitzweg formell nicht im Stadtbezirk Lindenthal liegt. In Bezug auf den Standort an der Zusestraße könnten sich Probleme hinsichtlich des Lärm-

und Immissionsschutzes ergeben, doch müsse man gegebenenfalls wegen Vorbehalten gegenüber dem Bau von Schulen, die sich beispielsweise am Standort Ludwig Jahn-Straße gezeigt haben, auch Einschränkungen hinnehmen, um überhaupt noch geeignete Plätze für die Errichtung zusätzlicher Schulgebäude zu finden.

Er schließt sich dem Vorschlag von Frau Dr. Klein an, dass man am Girlitzweg eine Gesamtschule, an der Zusestraße ein Gymnasium und an einem noch zu findenden dritten Standort im Stadtbezirk Lindenthal eine weitere Gesamtschule bauen soll.

Frau Nesseler-Komp schlägt im Namen der CDU-Fraktion ebenfalls vor, der Verwaltung im Hinblick auf die vorgeschlagenen Schultypen an den beiden vom Änderungsantrag favorisierten Standorten zu folgen. Ob die Schule an dem noch zu findenden dritten Standort ein Gymnasium oder eine Gesamtschule werden soll, müsse aktuell noch nicht geklärt werden.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, bedankt sich bei der Verwaltung für die gute und faire Standortprüfung vor dem Hintergrund, dass die Politik dem Hauptvorschlag nicht folgen möchte. Bezirksgrenzen könnten bei weiterführenden Schulen vernachlässigt werden. Er kann sich vorstellen, dass die Zusestraße durch eine Verlängerung der Linie 1 besser erschlossen werden kann. Auch er präferiert für den Girlitzweg eine Gesamtschule und für die Zusestraße ein Gymnasium und schlägt vor, den Änderungsantrag entsprechend zu erweitern.

Herr Kockerbeck weist darauf hin, dass die Fraktion DieLinke sich nicht dem Änderungsantrag angeschlossen habe und unglücklich darüber sei, dass man den Standort Aachener Straße/Herbesthaler Straße nicht mit beschließen wolle. Er möchte wissen, ob die Verwaltung ihre ursprüngliche Vorlage zurückzieht.

Frau Dr. Klein erklärt, dass die Verwaltung die Vorlage nicht zurückzieht, so lange es noch keinen Ratsbeschluss über zwei andere Standorte gibt.

Herr Kockerbeck ergänzt, dass seine Fraktion der Vorlage der Verwaltung bisher nicht zugestimmt habe, weil man zunächst eine ausführlichere Prüfung wünschte. Diese habe die Verwaltung nun vorgelegt, sodass seine Fraktion nun nach Abwägung aller Gesichtspunkte wegen der sehr guten Verkehrsanbindung durch die Linie 1 dem Standpunkt Herbesthaler Straße zustimmen könne. Seine Fraktion möchte nicht auf eine Gesamtschule im Bezirk Lindenthal verzichten. Die Anbindung des Grundstückes am Girlitzweg sei nicht gut.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), widerspricht den Ausführungen, dass der Girlitzweg nicht hinreichend von Lindenthal aus durch den öffentlichen Personennahverkehr erschlossen sei. Es müssten lediglich die Linien häufiger dorthin fahren. Sie bittet darum, dies vor der Fertigstellung sicherzustellen. Auch ihre Fraktion unterstützt deshalb den Änderungsantrag. Möglicherweise seien zu viele Grundstücke für Schulen verloren gegangen, weil man einfach zu lange mit der Suche gewartet habe. Auch ihre Fraktion möchte nicht auf die dritte Schule verzichten und bittet, die Suche nach einem geeigneten Grundstück unvermindert fortzusetzen.

Frau Artmann, sachkundige Einwohnerin (FDP), ergänzt, dass sich am Girlitzweg nicht nur eine S-Bahn-Haltestelle, sondern auch eine Bushaltestelle in der Nähe befindet. Integration gebe es auch an den Gymnasien. Man könne diesen nicht unterstellen, dass diese Kinder mit Migrationshintergrund benachteiligen.

Frau Dr. Klein hat keine Einwände dagegen, dass man den Änderungsantrag direkt um eine Aussage zur beabsichtigten Schulform erweitert, weil sich damit eine Doppelplanung erübrigt.

Herr Philippi ergänzt daraufhin den Änderungsantrag auf Seite 2 im ersten Absatz um die Worte „(beauftragt die Verwaltung,) die Gesamtschule auf dem Girlitzweg vorzusehen und das Gymnasium an der Zusestraße“ und lässt über den so geänderten Änderungsantrag abstimmen.

Beschluss zum Änderungsantrag:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung spricht sich für die Zusestraße und den Girlitzweg als neue Standorte für ein Gymnasium und eine Gesamtschule im Kölner Westen aus.

Er beauftragt die Verwaltung, die Gesamtschule auf dem Girlitzweg vorzusehen und das Gymnasium an der Zusestraße, und fordert sie auf, die entsprechenden Planungsbeschlüsse zum nächstmöglichen Zeitpunkt zur Beschlussfassung vorzulegen.

Bezüglich der zukünftigen Schulstandorte – und vor allem für den Standort Girlitzweg im Stadtbezirk Ehrenfeld - ist für die Beschlussvorlage zur Planung eine optimierte Verkehrserschließung (insbesondere ÖPNV, Individualverkehr sowie Fuß- und Radwegverbindungen) zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.

4.2 Planungsaufnahme zur Errichtung eines 3-zügigen Grundschulgebäudes mit 1-fach Turnhalle, Grundstück Gaedestraße in 50968 Köln-Marienburg 3453/2014

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), erklärt, dass ihre Fraktion in jedem Falle, wo die Verwaltung vorschlägt, eine Schule mit einer Einfachsporthalle zu bauen auf einer 2-fach-Sporthalle bestehen wird, die auch für alle Vereinssportarten geeignet ist. Der Vereinssport in Köln habe Bedarf an zusätzlichen Sporthallen und eine Zweifachsporthalle zahle sich auch bei höheren Kosten dadurch aus, dass sie von vielen Personen bis in die Abendstunden hinein genutzt werden kann. Der Bebauungsplan lässt Abweichungen zu, wenn man sie entsprechend beantragt. Deshalb fordert ihre Fraktion für alle Grundschulen, die zukünftig gebaut werden, dass man diese nur noch mit 2-fach-Turnhallen plane.

Herr Philippi widerspricht als Sportlehrer mit Sportstudium, dass in Einfachturnhallen nicht alle Sportarten ausgeführt werden könnten. Es können dort zwar keine Deutschen Meisterschaften unter Wettkampfbedingungen durchgeführt werden, aber jede Sportart von Volleyball, Badminton, Basketball etc. könne dort gelernt und ausgeübt werden. Nur bei alten Einfachturnhallen mit einer Höhe von unter 5 Metern gebe es noch Probleme.

Frau Dr. Klein bestätigt, dass zusätzliche Turnhallen und Sporthallen in Köln benötigt werden. Im Hinblick auf die zu entscheidende Vorlage sowie auf die Vorlage unter TOP 4.8 warnt sie aber vor erheblichen Verzögerungen durch erforderliche Umlanungen und die Wiederaufnahme des Bebauungsplanverfahrens von voraussichtlich einem Jahr. Diese könne man sich nicht leisten, zumal für den schulischen Bedarf einer Grundschule eine Einfachturnhalle ausreiche. Neben den hohen Mehrkosten sei bei der Vorlage zur Statthalterhofallee auf dem engen Grundstück nicht der Platz für eine Zweifachturnhalle vorhanden. Deshalb schlägt sie dringend vor, beide Vorlagen wie von der Verwaltung eingebracht zu beschließen.

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, sieht, dass es bei Grundschulen meistens zu wenig Platz für eine Zweifachturnhalle gebe. Trotzdem unterstützt ihre Fraktion für den Standort Gaedestraße das Anliegen der FDP-Fraktion, dass man die Verwaltung zur Planung einer 2-fach-Turnhalle auffordern wolle.

Frau Ruffen erwidert Herrn Philippi, dass die Vereine unter Wettkampfbedingungen trainieren müssen, die bei den Abmessungen von Einfachturnhallen nicht gegeben sind. Auch bestehe in den kleinen Hallen in Bezug auf Fußball wegen des begrenzten Raumes eine erhöhte Verletzungsgefahr. Es gebe zahlreiche Möglichkeiten, Abweichungen vom Bebauungsplan im normalen Bauantragsverfahren zu beantragen, die keine Wiederaufnahme des gesamten Verfahrens bedingten. Gründe für eine Abweichung vom B-Plan lägen für die Planung einer 2-fach-Sporthalle vor. Sie beantragt, einen Grundsatzbeschluss zu fassen, dass Grundschulen an Stelle einer Einfachturnhalle grundsätzlich mit 2-fach-Sporthallen geplant werden. Sie bezweifelt, dass sich die Kosten beim Bau von 2-fach-Sporthallen verdoppeln, weil z.B. im Hinblick auf Nebenräume meist nicht das doppelte Volumen erforderlich ist.

Frau Dr. Klein wiederholt, dass das laufende Bebauungsplanverfahren gestoppt werden und das Verkehrsgutachten überarbeitet werden müsste. Ein neues Bebauungsplanänderungsverfahren müsste gestartet werden, sodass die Planung sich um ein Jahr verschieben würde. Würde man künftig verlangen, dass nur Grundschulen mit 2-fach-Sporthallen gebaut werden dürfen, so wären im unmittelbaren Wohnumfeld noch weniger Standorte zum Bau einer Grundschule geeignet.

Frau Nessler-Komp hält es gerade deshalb für erforderlich, die Grundsatzfrage Ein- oder Zweifachsporthalle einmal zu klären.

Frau Artmann, sachkundige Einwohnerin (FDP), ist auch Sportlehrerin. Wer den Bedarf für den Vereinssport decken möchte, müsse diesen im Schulsport mit einplanen.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, sieht keine Zuständigkeit des Ausschusses für Schule und Weiterbildung und meint, der Sportausschuss müsse einen entsprechenden Grundsatzbeschluss fassen und aus seinem Etat eigene Mittel für den Vereinssport zur Verfügung stellen.

Frau Riedel, sachkundige Einwohnerin (CDU), widerspricht dem unter Hinweis auf den viel größeren Mangel an Sporthallen in den Berufskollegs. Es handele sich um eine Pflichtaufgabe, die in den Lehrplänen festgeschrieben ist. Deshalb müsse auch der Ausschuss für Schule und Weiterbildung das Sporthallenproblem in eigener Zuständigkeit stadtweit lösen.

Frau Ruffen beantragt, die Vorlage wegen weiterem Diskussionsbedarf ohne eigenes Votum in den Rat zu geben.

Daraufhin lässt Herr Philippi zunächst über die beiden Anträge der FDP-Fraktion abstimmen.

Beschluss zum 1. Änderungsantrag der FDP-Fraktion:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung gibt die Vorlage ohne eigenes Votum in den weiteren Sitzungslauf.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis90/Die Grünen und der Fraktion DIE LINKE gegen die Stimme der FDP-Fraktion abgelehnt. Die CDU-Fraktion enthält sich der Stimme.

Beschluss zum 2. Änderungsantrag der FDP-Fraktion:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beauftragt die Verwaltung, an Stelle der Einfachturnhalle eine 2-fach-Sporthalle vorzusehen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis90/Die Grünen und der Fraktion DIE LINKE gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion abgelehnt.

Beschluss zur ursprünglichen Vorlage:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu entscheiden:

„Der Rat der Stadt Köln beschließt die Planungsaufnahme (bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI) zur Errichtung eines 3-zügigen Grundschulgebäudes mit 1-fach-Sporthalle auf dem Grundstück in der Gaedestraße (Flurstück Nr. 654, 1023 und Teilfläche auf Flurstück Nr. 1027, Anlage 3) in Köln-Marienburg.

Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich die Planung und die Kostenermittlung aufzunehmen und voranzutreiben.

Der Planung ist das in der Raumliste aufgeführte Raumprogramm zugrunde zu legen (Anlage 1). Entwurfs- und konstruktionsbedingte Abweichungen sind zulässig.

Die Planungskosten bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI belaufen sich nach vorläufiger Kostenschätzung auf rd. 1.386.700 €

Voraussichtlich fallen im Haushaltsjahr 2015 rd. 150.000 € und in den Haushaltsjahren 2016 und 2017 je 618.350 € an. Diese aus dem städtischen Haushalts zu finanzierenden Planungskosten sind im Haushaltsplan 2015 im Rahmen des Veränderungsnachweises im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zu berücksichtigen.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der FDP-Fraktion.

4.3 Verleihung eines Eigennamens an die Förderschule Lernen Hachenburger Str. 11, 51105 Köln, Teilstandort Martin-Köllen-Str. 1, 51103 Köln 0477/2015

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt, dass die städtische Förderschule Lernen Hachenburger Str., mit Teilstandort Martin-Köllen-Str., den Eigennamen „**Martin-Köllen-Schule**“ erhält.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.4 Bedarfsprüfung: Einleitung eines Vergabeverfahrens zur Durchführung von Potenzialanalysen für Schülerinnen und Schüler in 8.Klassen an Kölner allgemeinbildenden Schulen im Rahmen der Landesinitiative "Kein Abschluss ohne Anschluss - Übergang Schule - Beruf NRW" im Schuljahr 2015 /2016
0444/2015**

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner (CDU), weist darauf hin, dass es stets das Ziel des Verwaltungshandelns sein sollte, das eigene Handeln der Schulen zu fördern. Während die Schulen noch im Schuljahr 2013/2014 selbst ausschreiben durften, hat die Verwaltung dies im Schuljahr 2014/2015 übernommen mit der Folge, dass die Schulen erst im zweiten Halbjahr ihre Terminplanung machen konnten. Da gleichzeitig auch die Lernstandserhebungen und diverse Klassenfahrten durchgeführt werden mussten, wurden die Schulen zusätzlich belastet. Er bittet darum, möglichst bis zum Ende des Schuljahres 2014/2015 den Schulen mitzuteilen, wer der Träger der Potenzialanalyse ist, damit die Schulen ihre Terminpläne besser abstimmen können.

Frau Dr. Klein sagt zu, dass sich die Geschäftsstelle für die städtische Koordinierung bemühen wird, die Ausschreibung umgehend durchzuführen.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), fragt, woraus die Maßnahme künftig finanziert wird und welchen Sinn es hat, die Potenzialanalyse auch in der 8.Klasse von Gymnasien durchzuführen. Sie möchte wissen, ob es Hilfestellungen zur Erkennung unqualifizierter Bewerber gibt. Außerdem fragt sie nach, ob die Teilnahme für die Kinder verpflichtend ist.

Frau Dr. Klein sieht auch für Gymnasien einen Sinn in der frühzeitigen Durchführung der Potenzialanalyse, damit die Schüler/innen sich rechtzeitig Gedanken über ihre Zukunft nach dem Abitur machen. Das könne auch die hohe Zahl von Studienabbrecher/innen senken.

Frau Jung, Kommunale Koordinierung – Übergang Schule-Beruf, stellt dar, dass die Potenzialanalyse bisher vollständig über ESF-Mittel finanziert wird. Zum nächsten Haushaltsjahr wird die Potenzialanalyse ab 2016 über Landesmittel finanziert, sodass die Ausschreibung diesmal zwangsläufig früher als bisher durchzuführen ist. Nach einem gemeinsamen Beschluss vom Ministerium für Schule und Weiterbildung mit dem Ministerium für Arbeit handelt es sich um eine schulische Pflichtveranstaltung während der Unterrichtszeit, der man nur mit einer begründeten Entschuldigung fernbleiben kann.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung stellt den Bedarf der Dienstleistung „Durchführung von Potenzialanalysen für Schülerinnen und Schüler in 8. Klassen an Kölner allgemeinbildenden Schulen im Rahmen der Landesinitiative „Kein Abschluss ohne Anschluss- Übergang Schule – Beruf NRW“ im Schuljahr 2015 /2016“ fest und stimmt – vorbehaltlich des Vorliegens des entsprechenden Zuwendungsbescheides über die notwendigen Drittmittel (ESF) - der öffentlichen Ausschreibung und der Vergabe zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.5 Bildungslandschaft Altstadt Nord, Baubeschluss Baufeld A
(Hansa Gymnasium)
3978/2015**

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, begrüßt die Vorlage, möchte aber wissen, welche Konsequenzen das Schreiben des Rechnungsprüfungsamtes hat, das u.a. kritisiert, dass die Notwendigkeit vieler hochwertiger Ausführungen nicht ordnungsgemäß dokumentiert wurde, im Ergebnis aber zustimmt.

Frau Nesseler-Komp erklärt für die CDU-Fraktion, dass man der Sanierung des Hansagymnasiums zustimmen werde, da diese notwendig und sinnvoll ist.

Frau Dr. Klein freut sich über die breite Zustimmung dieser Maßnahme im Rahmen der Bildungslandschaft Altstadt Nord. Sie empfiehlt, das zustimmende Fazit des Rechnungsprüfungsamtes mit seiner Begründung auf Seite 4 der Stellungnahme zur Kenntnis zu nehmen.

Herr Gräbener weist darauf hin, dass das Rechnungsprüfungsamt lediglich „Hinweise für die weitere Bearbeitung“ gegeben hat, die selbstverständlich beachtet und umgesetzt werden. Im Hinblick auf die geplante hochwertige LED-Beleuchtung könne er feststellen, dass diese sich nach 9 Jahren amortisiert. In anderen Bereichen habe man teilweise bei der Planung bereits nachgebessert und günstigere Alternativen eingeplant.

Frau Volmer sagt eine ausführliche schriftliche Stellungnahme zu den Ausführungen des Rechnungsprüfungsamtes rechtzeitig zum nächsten Betriebsausschuss der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln zu.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

„Der Rat beschließt den Entwurf und die Kostenberechnung für die Baumaßnahmen des Hansa Gymnasiums, Baufeld A der Bildungslandschaft Altstadt Nord (s. Anlage 1) mit Gesamtbaukosten für das Objekt des Sondervermögens der Gebäudewirtschaft in Höhe von ca. 25.109.000 € brutto zzgl. Einrichtungskosten in Höhe von 1.695.000 € brutto und beauftragt die Verwaltung mit der Submission und Baudurchführung. Die Umsetzung erfolgt nach EnEV 2014 (Stand 01.01.2016).

Der denkmalgeschützte Altbau wird in energetischer Hinsicht mit dem Ziel der „Bauschadensfreiheit“ saniert.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Der aus dem städtischen Haushalt zu finanzierende Spartenverrechnungspreis (ehemals Miete Gebäudewirtschaft) inklusive der Nebenkosten i. H. v. rund 989.900 € für den Schulbau sind ab 2018 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben veranschlagt.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.6 Auslaufende Schließung der Kolkrabenschule, Förderschule Lernen Kolkrabenweg ab dem Schuljahr 2015/16 0142/2015

Herr Dr. Schlieben erklärt, dass die CDU-Fraktion in der zeitgleich tagenden Bezirksvertretung Ehrenfeld ihn kontaktiert habe mit dem Wunsch, noch nicht zu beschließen, damit die Bezirksvertretung ihre eigenen Fragen noch einbringen könne.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, möchte wissen, ob es Überlegungen gibt, was mit dem Gebäude nach einer Schließung der Schule geschehen soll.

Herr Pfeuffer antwortet, dass man die Schulraumkapazitäten der benachbarten Förderschule für geistige Entwicklung am Kolkrabenweg ausweiten möchte und sich Gedanken über weitere mittel- und langfristige Lösungen zur optimalen Ausnutzung des vorhandenen Schulraumes macht.

Herr Dr. Schlieben fragt nach, ob es Probleme gibt, wenn man die Vorlage zurückstellt zur Wiedervorlage im nächsten Sitzungslauf im April.

Frau Dr. Klein verneint dies unter dem Hinweis darauf, dass es sich um den Vollzug des Gesetzes nach der Mindestgrößenverordnung handelt. Allerdings wäre die nächste Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung der späteste mögliche Zeitpunkt für den Beschluss zur Umsetzung.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), möchte wissen, ob die Förderschüler Lernen genügend Platz an anderen Förderschulen finden könnten.

Herr Pfeuffer bestätigt, dass die Förderschule Lernen in der Leyendecker Straße durch die Schließung der Schule am Kolkrabenweg gestärkt werden kann. Eine Alternative zur Schließung gebe es aber nicht. Insbesondere wegen des von der Bezirksregierung anderweitig einzusetzenden Personals habe man nicht viel Zeit für den Beschluss über die Schließung.

Frau Dr. Klein ergänzt, dass die Schulkonferenz die Verwaltung gebeten habe, die unvermeidbare Schließung möglichst verträglich umzusetzen und zu begleiten.

Herr Dr. Schlieben wiederholt, dass seine Fraktion darum bittet, die Vorlage im April erneut beraten zu können, bevor sie in den Rat geht.

Beschluss:

Die Vorlage wird zurückgestellt zur Wiedervorlage im nächsten Sitzungslauf.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.7 Erweiterung der Förderschule Lernen Soldiner Straße im Stadtbezirk Chorweiler um den Förderschwerpunkt Emotionale und soziale Entwicklung zum Schuljahr 2015/16 0230/2015

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

1. „Der Rat beschließt gemäß § 81 Abs. 2 in Verbindung mit § 20 Abs. 7 Schulgesetz NRW (SchulG) die Erweiterung der Förderschule Lernen Soldiner Straße um den Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung, aufbauend im 1. und 5. Schuljahr ab dem 01.08.2015. Die Schule führt die beiden Förderschwerpunkte ab diesem Zeitpunkt im Verbund in integrativer Form. Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, die Genehmigung dieses Beschlusses gemäß § 81 Abs. 3 SchulG bei der oberen Schulaufsichtsbehörde zu beantragen.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen perspektivisch die Einbeziehung des Förderschwerpunktes Sprache in diesen Förderschulverbund möglich ist.
3. Die sofortige Vollziehung des Beschlusspunktes 1) wird gem. § 80 Abs. 2 Ziff. 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.8 Grundsatz-/Planungsbeschluss zur Errichtung eines 2-zügigen Grundschulgebäudes mit 1-fach Sporthalle auf dem Grundstück Statthalterhofallee in Köln-Junkersdorf 0223/2015

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), verweist auf ihre Ausführungen zur grundsätzlichen Notwendigkeit von 2-fach-Sporthallen bei der Planung von Grundschulen unter TOP 4.2. Diese gelten auch für diese Maßnahme, sodass ihre Fraktion sich bei der Abstimmung enthalten werde.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln wie folgt zu beschließen:

„Der Rat beschließt die Planungsaufnahme (bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI) zur Errichtung eines 2-zügigen Grundschulgebäudes mit 1-fach Sporthalle für eine neue Grundschule mit drei Zügen auf dem Grundstück Statthalterhofallee / Alfons-Nowack-Straße / Donauweg in Köln-Junkersdorf nach gesicherter Finanzierung. Das vorhandene Gebäude des 1-zügigen Teilstandortes der GGS Kirchweg am Standort Statthalterhofallee ist in den Planungen für eine neue 3-zügige Grundschule mit einzubeziehen.

Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich die Planung und Kostenermittlung aufzunehmen und voranzutreiben.

Der Planung ist das in der Raumliste aufgeführte Raumprogramm (Anlage 1) zu Grunde zu legen. Entwurfs- und konstruktionsbedingte Abweichungen sind zulässig.

Die Planungskosten bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI belaufen sich nach vorläufiger Kostenschätzung auf rd. 800.000,00 €.

Diese aus dem städtischen Haushalt zu finanzierenden Planungskosten werden voraussichtlich im Haushaltsjahr 2015 (rd. 240.000 €) und 2016 (rd. 560.000 €) ergebniswirksam und sind im Haushaltsplan 2015 im Rahmen des Veränderungsnachweises im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zu berücksichtigen.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der FDP-Fraktion.

5 Mitteilungen

5.1 Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2015" 0009/2015

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.2 Jahresbericht Abteilung Kinderinteressen und Jugendförderung 0082/2015

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.3 Schulentwicklungsplanung für die städtischen Berufskollegs und die Weiterbildungskollegs in Köln 2015 3921/2014

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, erinnert daran, dass die TAS unterfinanziert ist trotz einer Warteliste von 100 Schüler/innen. Er bittet die Mitglieder des Ausschusses, dieses Thema mit in die Haushaltsberatungen zu nehmen, damit alle Jugendlichen einen guten Schulabschluss erhalten können.

Frau Dr. Klein dankt ihm für diesen Aufruf. Das Budget der TAS ist haushaltsrechtlich dem Budget der Volkshochschule angegliedert. Der Mehrbedarf wurde im Haushalt angemeldet. Eine entsprechende Vorlage sei in Arbeit. Die TAS sei ein wichtiger Baustein für Inklusion und Integration, der erhalten und im Rahmen der Haushaltsberatungen unterstützt werden müsse.

Herr Thelen hat davon gehört, dass ein Bildungsgang „Berufliches Gymnasium Gesundheit“ eingeführt werden soll. Er möchte wissen, ob dieses berufliche Gymnasium an dem Berufskolleg für Gesundheit integriert werden soll.

Herr Pfeuffer verweist darauf, dass dieser Bildungsgang am Berufskolleg in der Humboldtstraße schon eingerichtet wurde. Dieser Bildungsgang könnte dann ggfs. in Ossendorf im Rahmen eines Berufskollegs für Gesundheit angesiedelt werden.

Frau Riedel, sachkundige Einwohnerin (CDU), bestätigt, dass das berufliche Gymnasium Gesundheit an der Humboldtstraße sich im Modellversuch bereits im 2. oder 3. Jahr befindet. Das Grundproblem bei der Planung für das als Bündelschule geplante Berufskolleg Ossendorf, das sich aus verschiedenen Fachbereichen und Berufsfeldern zusammensetzt, ist, dass unterschiedliche Berufsfelder auch völlig unterschiedliche Lehrpläne haben, die besser in einer Campusbauweise in Kooperation nebeneinander unterrichtet werden könnten.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.4 Förderung von außerunterrichtlichen Projekten der kulturellen Bildung im Offenen Ganztage
0365/2015**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.5 Erfahrungsbericht über die Kooperation zwischen der LVR-Anna-Freud-Schule und der städtischen Ernst-Simons-Realschule in Köln
0394/2015**

Herr Dr. Schlieben begrüßt, dass im Bericht ganz ehrlich und realistisch mit den bestehenden Problemen umgegangen wird.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, bedankt sich für den Erfahrungsbericht und möchte von den anwesenden Schulleitungen wissen, ob sie Möglichkeiten sehen, „best practice“-Beispiele aus dem Schulalltag weiterzugeben.

Frau Louvros-Ankel, Schulleiterin der Ernst-Simons-Realschule, berichtet über die gemeinsame Arbeitsgemeinschaft der Sporthelfer/innen an beiden Schulen als Beispiel für „best practice“ für gelebte Kooperation, wobei ältere Schüler/innen zu Sporthelfer/innen ausgebildet wurden und als Qualifikationsnachweis einen Übungsleiterschein bekamen. Im laufenden Schuljahr haben diese Sporthelfer/innen im Rahmen eines Projektes alle Schüler/innen der Anfängerklassen aus beiden Schulen zu einem gemeinsamen Sportturnier von Schüler/innen für Schüler/innen eingeladen.

Herr Gehlen, Schulleiter der LVR-Anna-Freud-Schule, ergänzt, dass man im Differenzierungsbereich seit Jahren Schüler/innen beider Schulen zusammen unterrichtet. In der gymnasialen Oberstufe findet die Zusammenarbeit bereits seit 1988 statt.

Herr Dr. Schlieben hält die Zusammenarbeit für bemerkenswert, weil es „umgekehrte Inklusion“ in diesem Sinne rein formal gar nicht gibt.

Frau Artmann, sachkundige Einwohnerin (FDP), fragt an, ob die Schulen Besuchergruppen akzeptieren würden.

Herr Gehlen bestätigt, dass Besucher willkommen sind.

Herr Dr. Schlieben schlägt daraufhin vor, auf Wunsch gegebenenfalls einmal eine Exkursion des Ausschusses Schule und Weiterbildung an den Standort zu organisieren, ohne dass man dort eine Ausschusssitzung durchführt.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.6 Internetportal für die kulturelle Bildung
0402/2015**

Frau Heuer legt der Politik das Internetportal für kulturelle Bildung besonders ans Herz und bietet an, bei Interesse das Portal zusammen mit einer Schule einmal auszuprobieren.

Frau Artmann, sachkundige Einwohnerin (FDP), lobt die Zugänglichkeit für alle.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.7 Sanierung Grundschule Am Feldrain - Fertigstellungstermin
0430/2015**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.8 Offener Brief der Schulpflegschaft des Albertus-Magnus-Gymnasiums
an die Politik und die Verwaltung der Stadt Köln
0519/2015**

Herr Goss, Stadtschulpflegschaft, ist verwundert darüber, warum der Brief nicht direkt an die Schulpflegschaft beantwortet wurde. Außerdem fragt er nach, wie es sein kann, dass der Bauantrag in der Schwebe ist, weil die KiTa noch keine Zustimmung für die weiteren Bauabschnitte erteilt hat, und wie lange der Schwebezustand noch andauert.

Frau Volmer, Gebäudewirtschaft der Stadt Köln, erklärt die scheinbar gegenteilige Aussage der Verwaltung damit, dass man für solche Fälle Pufferzeiten eingeplant hat und parallel an anderen Stellen weiterarbeitet. Die Details dazu werden schriftlich zur Niederschrift nachgereicht.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.9 Stellungnahme der Schulleiterinnen des Berufskollegs Südstadt (BK 4),
des Barbara-von-Sell-Berufskollegs (BK 5) und des Berufskollegs
Humboldtstraße (BK 14) zur Schulentwicklungsplanung für die städti-
schen Berufskollegs und der Weiterbildungskollegs in Köln 2015
(Session 3921/2014)
0525/2015**

Frau Riedel, sachkundige Einwohnerin (CDU), bittet in Ergänzung ihrer Ausführungen zu TOP 5.3 darum, die Campusidee bei der konkreten Planung mit aufzugreifen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.10 JeKits
0563/2015**

Frau Hölzing, sachkundige Einwohnerin (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), begrüßt es, dass sich so viele Grundschulen an dem Projekt beteiligen möchten und die Rheinische Musikschule als Partner ausgesucht haben. Ihre Fraktion wünscht sich, dass auch die Förderschulen mit ihren Bewerbungen Erfolg haben. Insbesondere im Bereich Singen und Tanzen könne die Rheinische Musikschule mit Stärken aufwarten. Es sei sinnvoll, die Verwaltung bei der Rheinischen Musikschule anzusiedeln, doch müsse diese möglicherweise bei der Verwaltung unterstützt werden, wenn alle Bewerber den Zuschlag bekämen. Sie bittet darum, dass man den Ausschuss über die weitere Entwicklung und gegebenenfalls über eine Abschlussveranstaltung informiert.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), nimmt Bezug auf ein Schreiben der Offenen Jazzhausschule, dass bereits geplante Kooperationen nicht stattfinden können, weil die kommunalen Mittel dafür fehlen. Vor diesem Hintergrund bittet sie um Aufklärung, ob neben der Rheinischen Musikschule auch die anderen Musikpädagogischen

Institute in Köln beteiligt werden. Außerdem möchte sie wissen, wie man die Finanzierung sicherstellen will.

Frau Dr. Klein empfiehlt, dieses Thema mit in die Haushaltsberatungen über zusätzliche kommunale Mittel einzubringen, da die Stadtverwaltung über kein zusätzliches Budget zur Finanzierung der Offenen Jazzhausschule verfügt.

Herr Dr. Schlieben sagt dazu für seine Fraktion, dass man bereits geantwortet habe, dass man dies als Thema in die Haushaltsplanberatungen mit einbringe.

Frau Hölzing, sachkundige Einwohnerin (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), hat das Projekt so verstanden, dass der einzubringende Eigenanteil der Verwaltungsanteil ist. Deshalb habe die Rheinische Musikschule auch klargestellt, dass man dies für andere Anbieter nicht mitleisten könne. Sollten die Zusagen kommen, so müsste man erneut darüber nachdenken, um auch anderen Anbietern die Möglichkeit zu geben, an dem Projekt teilzunehmen.

Frau Artmann, sachkundige Einwohnerin (FDP), möchte wissen, wonach entschieden wird, ob auch Förderschulen teilnehmen dürfen.

Herr Dr. Fischer, Rheinische Musikschule, antwortet, dass das Programm offiziell zunächst nur für die Grundschulen ausgeschrieben war. Auf Nachfrage erhielt man die Antwort, dass der Teilnehmerkreis offen sei. Die Kriterien der Auswahl sind derzeit noch unbekannt.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.11 Jahresbericht über die Beschlüsse des Ausschusses Schule und Weiterbildung im Jahr 2014 0559/2015

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, bezieht sich auf die Sachstandsmitteilung zum Lärmschutz an der Grundschule und KiTa in der Ottostraße und weist darauf hin, dass seine Fraktion dort bisher keine überzeugende Lösung sieht. Außerdem sei auf Seite 7 zum Projekt IUS/Heliosschule erwähnt: "Für die Grundschule wurde der gebundene Ganztage nicht genehmigt, da das Ministerium für Schule und Weiterbildung landesweit die Genehmigung des gebundenen Ganztages in öffentlicher Trägerschaft ablehnt." Darüber sei er entsetzt.

Frau Dr. Klein erwidert, dass dies das Ergebnis langer intensiver Verhandlungen mit dem Land sei, dass keine Sonderbehandlung für die Heliosschule zulassen möchte.

Auch Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), hält das Ergebnis beim Lärmschutz an der Ottostraße bisher nicht für zufriedenstellend.

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, schließt sich dem an.

Herr Dr. Schlieben regt dazu an, eine entsprechende politische Initiative zu diesem Thema zu ergreifen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.12 Stellenverlagerungen kommunale Schulsozialarbeit 0301/2015

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, kommt bei ihren Berechnungen nur auf 3,5 Stellen.

Herr Pfeuffer klärt dies auf, dass nach den 3 Spiegelstrichen im Text noch eine Stelle für das Stadtgymnasium Porz erwähnt wird, die man mit dazu rechnen muss, um auf 4,5 Stellen zu kommen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.13 Anmeldeverfahren für die Gymnasien in Trägerschaft der Stadt Köln zum Schuljahr 2015-16 0643/2015

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner (CDU), hat Verständnis dafür, dass die Stadt Köln bei zu geringen Platzzahlen Schüler/innen aus anderen Kommunen fernhalten möchte, doch führe dies insbesondere bei Geschwisterkindern zu nicht nachvollziehbaren Härten. Er kenne Fälle, wo Eltern den Wohnsitz ihrer Kinder verlagert haben, damit ihre Kinder einen Platz an der Grundschule bekommen. Er bittet um Klärung, ob in begründeten Fällen Ausnahmen gemacht werden können. Wenn Eltern aus Nachbargemeinden ihre Kinder in die Schule bringen müssen sei es nicht nachvollziehbar, wenn das jüngere Kind an eine andere Schule muss als das ältere Kind, das früher noch einen Platz an einer Kölner Schule zugewiesen bekam.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), bittet unabhängig von der Vorlage darum, den Schulen nicht gegen ihren Willen weitere Züge zuzumuten, da einige Schulen am Rande ihrer Platzkapazitäten agieren.

Frau Dr. Klein sieht den dringenden Bedarf, wegen steigender Schülerzahlen auch weiterhin zusätzliche weiterführende Schulen für Köln bauen zu müssen. Man könne Schulen nicht gegen ihren Willen zwingen, mehr Klassen zu bilden. Der Rat der Stadt Köln hat vor dem Hintergrund des hohen Platzbedarfes beschlossen, dass eine Schule dann, wenn sie Überhänge hat, vorrangig Kölner Kinder aufnehmen muss. Dieser Entschluss basiert auf einer gesetzlichen Änderung aus dem 10. Schulrechtsänderungsgesetz, die hiermit umgesetzt wurde. Neben der Härte in Einzelfällen besteht die Verpflichtung, alle Kinder mit Wohnsitz in Köln unterzubringen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.14 Zentrum für Mehrsprachigkeit und Integration Köln (ZMI): Veröffentlichung des ZMI Magazins 2014 und Sprachfest 2015 0646/2015

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.15 Verzögerung bei der Realisierung des Erweiterungsbaus für den Ganztag an der Eichendorff-Realschule Dechenstraße (Neuehrenfeld) 0655/2015

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

6 Anfragen

Frau Gerlach, sachkundige Einwohnerin (Die Piraten), würde sich wünschen, dass man den Ausschuss über die **Veranstaltung zu Logineo NRW in Iserlohn** vom 09.03.2015 informiert.

Frau Oedingen, sachkundige Einwohnerin (SPD), fragt nach dem **Sachstand der Renovierung an der Florianschule, Gemeinschaftsgrundschule Neusser Str. in Weidenpesch**. Seit 9 Jahren sind an dieser Schule wegen Problemen bei der Renovierung des denkmalgeschützten Gebäudes Klassen in Containern auf angemietetem Kirchengrund ausgelagert. Ab 30.06.2015 werden die Container angeblich nicht mehr benötigt. Kann dieser Termin gehalten werden?

Frau Kessing, sachkundige Bürgerin (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), fragt zur **Gesamtschule Nippes**: Im letzten Herbst wurden auf Grund von Geruchsbelästigung in den Containern Untersuchungen durchgeführt. Als Ergebnis wurde angeraten, in einen Containerblock, in welchem ein zweites Lehrerzimmer vorgesehen ist, eine zusätzliche Lüftung einzubringen. Da dies noch nicht umgesetzt wurde, müssen sich derzeit 75 Kolleg/innen die 25 Plätze im bisherigen Lehrerzimmer teilen. Es besteht die Sorge, dass mit Beginn des neuen Jahrgangs an der Schule die Schulräume noch nicht zur Verfügung stehen. Lässt sich das **Lüftungsproblem** kurzfristig lösen?

Frau Dr. Klein liegt eine lange Liste der erfolgten Messungen an dieser Schule vor. Es stimmt, dass man vorhat, dort Lüftungsanlagen einzubauen. Die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln hat dazu mitgeteilt, dass die Räume im Trakt D rechtzeitig zum Schuljahresbeginn 2015/2016 zur Verfügung stehen. Die Submission der Ausschreibung ist für Ende Mai angesetzt. Der Einbau der Lüftungsanlage soll vor den Sommerferien erfolgen. Anschließend ist in den Sommerferien eine Nachmessung erforderlich, ob die Werte im zulässigen Bereich liegen.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), teilt mit, dass sich bei ihrer Fraktion immer mehr Eltern wegen **Mensen in weiterführenden Schulen mit gebundenem Ganztag** beschweren, dass die Schüler/innen in Klassenräumen essen müssen, weil es keinen Speisesaal gibt oder wo sich die Essensausgabe in Ermangelung einer Küche verzögert. Sie bittet um Auflistung, wie viele weiterführende Schulen mit einem gebundenen Ganztag noch auf ihre Mensen warten und wo derzeit nur ein Provisorium besteht.

Außerdem fragt **Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP)**, zum Thema **Förderschüler/innen**: Gibt es Erkenntnisse darüber, wie viele Schüler/innen aus Förderschulen nach einem Wechsel in den inklusiven Unterricht an einer Regelschule wegen Problemen zurückgewechselt sind an Förderschulen?

Frau Artmann, sachkundige Einwohnerin (FDP), fragt zu den **Parkplätzen am Schillergymnasium und am Elisabeth-von-Thüringen-Gymnasium**, ob an diesem Standort geplant ist, Gebühren von den Lehrer/innen zu erheben.

Frau Dr. Klein erklärt, dass es der Schulverwaltung nicht möglich ist, die Parkplatzsituation an den beiden genannten Schulen zu optimieren. Die Parkplatzsituation bleibt bis auf weiteres unverändert. Man habe nicht vor, Gebühren von den Lehrer/innen zu erheben.

Frau Artmann fragt nach, ob die Anzahl der Parkplätze nicht verringert wird.

Frau Dr. Klein antwortet unter dem Vorbehalt, dass die Parkplätze im Zuge von Baumaßnahmen vorübergehend blockiert werden müssten, dass man nicht vorhat, die Anzahl der Parkplätze zu verringern.

Herr Pannes, sachkundiger Einwohner (Die Linke), fragt nach den **Ablehnungen an den Gesamtschulen**.

Frau Dr. Klein antwortet, dass nach den ersten Zahlen erneut 700 Schüler/innen an den Gesamtschulen abgewiesen werden mussten, während an Hauptschulen und Realschulen zahlreiche Plätze frei sind.

Herr Dr. Schlieben bittet darum, dass die entsprechenden Zahlen dem Ausschuss im Rahmen einer Mitteilung in der Aprilsitzung vorgelegt werden.

Frau Dr. Klein sagt dies zu. Für die Offene Ganztagschule ist beabsichtigt, zur nächsten Sitzung die entsprechende Beschlussvorlage einzubringen.

Frau Artmann, sachkundige Einwohnerin (FDP), bittet um Mitteilung des aktuellen Sachstands zum Thema „**Jobticket für Lehrer/innen**“.

Frau Dr. Klein erklärt, dass es dazu keine neuen Entwicklungen gibt. Das Verfahren ruht bei der Bezirksregierung.

7 Verschiedenes

Frau Dr. Klein teilt mit, dass der Brandschutz am Neubau in der Willy-Brandt-Gesamtschule Im Weidenbruch überprüft wurde. In Folge von brandschutztechnischen Mängeln wurde in Abstimmung mit der Feuerwehr ein Sofortmaßnahmenkatalog erarbeitet. Die Bauaufsicht hat der schulischen Nutzung des Gebäudes derzeit bis Ende 2016 zugestimmt. Eine längere Nutzung wird von Bauaufsicht und Feuerwehr derzeit nicht zugelassen. Die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln bereitet derzeit die vollständige Auslagerung der Schule in mobile Einheiten auf dem angrenzenden Schulgelände vor, damit der Schulbetrieb fortgeführt werden kann. Die Kosten der Maßnahme betragen geschätzt 12 Millionen Euro. Zum nächsten Ausschuss Schule und Weiterbildung und zum nächsten Betriebsausschuss der Gebäudewirtschaft wird eine ausführliche Mitteilung über den Sachstand vorgelegt.

Herr Dr. Schlieben fragt nach einem zeitlichen Rahmen.

Frau Heuer erklärt dazu, dass in 2 Jahren der Abriss und Neubau des gesamten Gebäudes beginnen muss. Wie lange die Maßnahme dauern wird, ist derzeit noch nicht absehbar.

Köln, den 27.03.2015

Dr. Schlieben

Vorsitzender

Philippi

stellvertretender Vorsitzender

Bernecker

Schriftführer

Anlage 1: Antwort der Verwaltung zu Anfrage AN/0376/2015: Sind Handyverbote an Kölner Schulen zeitgemäß? (Mitteilung 0721/2015)

~~Anlage 2: Antwort der Verwaltung auf die Nachfrage von Herrn Goss, Stadtschulpflegschaft, zum offenen Brief der Schulpflegschaft des Albertus-Magnus-Gymnasiums (Mitteilung 0519/2015) - wird als Mitteilung zur nächsten Sitzung nachgereicht!~~